

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 7. Dezember 2021**

**Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der
Coronavirus-Pandemie für das Schuljahr 2021/2022**

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für das Schuljahr 2021/2022 mit der Bitte um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung noch in der Dezember-Sitzung.

Die andauernde Corona-Pandemie erfordert im Bereich der Bildungsverwaltung neuerlich normative Anpassungen. Die mit dem Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie vom 20. November 2020 vorgenommenen Rechtsänderungen sind am 31. Oktober 2021 außer Kraft getreten.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für das Schuljahr 2021/2022 (Anlage 1) werden alle notwendigen bildungsrechtlichen Änderungsbedarfe, wie schon bei den beiden vorangegangenen Bildungsrechts-Anpassungsgesetzen aus Mai 2020 und November 2020, in einem Mantelgesetzentwurf gebündelt.

Die Anpassungen entsprechen inhaltlich dem vorherigen Bildungsrechts-Anpassungsgesetz. Änderungen zum vorangegangenen Corona-Mantelgesetz werden nicht vorgeschlagen. Es handelt sich somit lediglich um eine Verlängerung der bisher getroffenen Corona-Sonderregelungen um ein weiteres Jahr. Sie dienen der rechtlichen Absicherung von Abschlussvergaben, Anerkennungen, Versetzungen und des sonstigen Schulbetriebes.

Das 3. Mantelgesetz muss rückwirkend zum 1. November 2021 beschlossen werden, um zeitliche Rechtslücken zu schließen.

Der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung lag der Entwurf in ihren Sitzungen am 8. September 2021 und am 1. Dezember 2021 zur Befassung vor. Zwischendurch erfolgte das Beteiligungsverfahren, in welchem grundsätzlich Zustimmung zur Vorlage signalisiert wurde. Weitergehende Änderungswünsche des DGB betreffend den Seiteneinstieg B sollen nicht im Rahmen der hiesigen befristeten Notstandsregelungen, sondern bei der demnächst anstehenden grundlegenden Änderung der entsprechenden Verordnungen berücksichtigt werden. Das Ergebnis der Deputationsbefassung vom 1. Dezember 2021 wird der Bürgerschaft nachgereicht.

Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für das Schuljahr 2021/2022

Vom 2021

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1 Änderung des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter

Das Bremische Ausbildungsgesetz für Lehrämter vom 16. Mai 2006 (Brem.GBl. S. 259 — 221–i–1), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis werden nach der Angabe zu § 5 die Angabe „§ 5a Praxisbezug des Studiums“ und nach der Angabe zu § 13 die Angabe „§ 13a Prüfungsersatzleistungen“ eingefügt.
2. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Praxisbezug des Studiums

In Abweichung von § 5 Absatz 1 und 2 kann im Schuljahr 2021/2022 auf Praktika verzichtet werden, wenn deren Durchführung für die Schulen auf Grund von erforderlichen Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist.“

3. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a

Unterrichtswochen an einer anderen Schule und Prüfungsersatzleistungen

(1) Kann in Folge von Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Schuljahr 2021/2022 die Ausbildung vier Wochen an einer anderen Schule nach § 2 Absatz 8 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter nicht erfolgen, wird dieser Ausbildungsteil durch die reguläre Ausbildung an den jeweils zugewiesenen Schulen ersetzt.

(2) Können wegen Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Verlauf des Schuljahres 2021/2022

1. unterrichtspraktische Prüfungen in schulischen Lerngruppen nach § 7 Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 9 Absatz 1 Nummer 2, § 12 und § 19 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter nicht oder nicht im geforderten Mindestumfang durchgeführt werden und deswegen
2. das Prüfungsgespräch nach § 7 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 9 Absatz 1 Nummer 3, § 13 und § 20 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter nicht vollständig oder nicht durchgeführt werden,

sind Prüfungsersatzleistungen zu erbringen. Die Prüfungsersatzleistungen müssen geeignet sein, die inhaltlichen Prüfungsanforderungen nach § 7 Absatz 4 an die zu ersetzenden Prüfungsteile im Rahmen der Zweiten Staatsprüfung angemessen abzubilden.

(3) Die Durchführung der Prüfungsersatzleistungen für die unterrichtspraktischen Prüfungen nach Absatz 1 Nummer 1 ist sicherzustellen. Auf eine Prüfungsersatzleistung für das Prüfungsgespräch nach Absatz 1 Nummer 2 kann anteilig oder vollständig verzichtet werden.

(4) Für die Notenbestimmung gilt:

1. Werden eine unterrichtspraktische Prüfung und ein Teilprüfungsgespräch gemäß Absatz 2 durch jeweils eine Prüfungsersatzleistung ersetzt, erfolgt die Notengewichtung für das Zweite Staatsexamen gemäß § 22 Absatz 3 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter.
2. Werden beide unterrichtspraktischen Prüfungen gemäß Absatz 2 durch jeweils eine Prüfungsersatzleistung ersetzt, wird das Prüfungsgespräch nach Absatz 3 Satz 2 inhaltlich in die Prüfungsersatzleistungen für die unterrichtspraktischen Prüfungen integriert. Der Berechnungsschlüssel für die Note der unterrichtspraktischen Prüfungen verändert sich dadurch nicht. Der Berechnungsschlüssel für das Prüfungsgespräch entfällt. Der Berechnungsschlüssel für die Gesamtnote der Zweiten Staatsprüfung wird abweichend von § 22 Absatz 3 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter so bestimmt, dass die Notengewichtung für das entfallene Prüfungsgespräch anteilig den unterrichtspraktischen Prüfungen zugerechnet wird.

(5) Die Senatorin für Kinder und Bildung trifft die Entscheidungen über die Möglichkeit der Ausbildung in vier Unterrichtswochen an einer anderen Schule nach Absatz 1 und über die je nach Dauer der Maßnahmen des Infektionsschutzes erforderlichen Prüfungsersatzleistungen nach Absatz 2 bis 4.“

Artikel 2 **Änderung der Berufsbegleitenden Lehramtsausbildungsverordnung** **„Seiteneinstieg B“**

Die Berufsbegleitende Lehramtsausbildungsverordnung vom 20. Januar 2011 (Brem.GBl. S. 64 — 223–b–11), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Absatz 4 werden die Wörter „am Ende der berufsbegleitenden Ausbildung“ ersetzt durch das Wort „ausbildungsbegleitend“.
2. In § 11 Absatz 2 werden die Wörter „, und das Ausbildungsgutachten der Schule, das mit mindestens „ausreichend“ bewertet worden ist“ durch einen Punkt ersetzt.
3. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt: „Ausbildungsbegleitend wird ein Gutachten der Ausbildungsschule erstellt.“
 - b) Nach Absatz 5 folgende Absätze 6 und 7 angefügt:

„(6) Das Ausbildungsgutachten endet mit einer Benotung. Grundlage des Gutachtens und der Beurteilung sind die unterrichtlichen und erzieherischen Leistungen sowie die Leistungen im Rahmen der schulischen Entwicklungsarbeit. Der Beurteilungszeitraum des Ausbildungsgutachtens ist die gesamte Ausbildung. Es ist mit der Lehrkraft in Ausbildung frühestens zwei Wochen und spätestens eine Woche vor der Prüfung des letzten der Prüfungsteile gemäß Absatz 3 Satz 1 und vor Aufnahme in die Prüfungsakte mündlich zu erörtern und ihr oder ihm in Kopie auszuhändigen. Das Ausbildungsgutachten ist vor Abschluss der Prüfungsteile gemäß Absatz 3 Satz 1 dem Staatlichen Prüfungsamt durch die Schule zu übermitteln.“

(7) Ist absehbar, dass das Ausbildungsgutachten nicht mit „ausreichend“ benotet werden kann, soll die Schulleitung spätestens bis zur Mitte der Ausbildungszeit die zuständigen Ausbilderinnen und Ausbilder am Landesinstitut für Schule informieren. In dem zweiten Ausbildungsgespräch nach § 9 Absatz 4 muss dies mit der Lehrkraft in Ausbildung umfassend erörtert und anhand des Ausbildungsgutachtens schriftlich begründet werden. In dem Fall sollen alle zuständigen Ausbilderinnen und Ausbilder des Landesinstituts für Schule an dem Gespräch teilnehmen. Dabei ist zu prüfen und schriftlich zu dokumentieren, wie und mit welchen Unterstützungen die festgestellten Defizite, die zu der Note „nicht ausreichend“ führen könnten, bearbeitet werden können. Das Protokoll dieses zweiten Ausbildungsgesprächs ist mit allen Beteiligten abzustimmen und dem Staatlichen Prüfungsamt durch die Schule zu übermitteln.“

4. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

„§ 12a

Prüfungersatzleistungen

(1) Können wegen Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Verlauf des Schuljahres 2020/ 2021 unterrichtspraktische Prüfungen in schulischen Lerngruppen nach § 12 Absatz 3 und 4 nicht oder nicht im geforderten Mindestumfang durchgeführt werden, sind Prüfungersatzleistungen zu erbringen. Die Prüfungersatzleistungen müssen geeignet sein, die inhaltlichen Prüfungsanforderungen nach § 7 Absatz 4 des Bremischen Ausbildungsgesetzes für Lehrämter an die zu

ersetzenden Prüfungsteile im Rahmen der staatlichen Prüfung angemessen abzubilden.

(2) Die Durchführung der Prüfungsersatzleistungen für die unterrichtspraktischen Prüfungen nach Absatz 1 ist sicherzustellen.

(3) Die Senatorin für Kinder und Bildung trifft die Entscheidungen über die je nach Dauer der Maßnahmen des Infektionsschutzes erforderlichen Prüfungsersatzleistungen nach Absatz 1.“

5. § 13 Absatz 7 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„(7) Wird ein Prüfungsteil oder das Ausbildungsgutachten nicht bestanden, kann der Prüfungsteil innerhalb der folgenden drei Monate und die im Ausbildungsgutachten bewertete Tätigkeit innerhalb der folgenden sechs Monate einmal wiederholt werden.“

Artikel 3 **Änderung der Verordnung zur Anerkennung ausländischer** **Lehrkräfteberufsqualifikationen in Bremen**

Die Verordnung zur Anerkennung ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikationen in Bremen vom 16. April 2019 (Brem.GBl. S. 259), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371), wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach der Angabe zu § 7 die Angabe „§ 7a Prüfungsersatzleistungen und Unterrichtsprobenersatzleistungen“ eingefügt.
2. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:

„§ 7a

Prüfungsersatzleistungen und Unterrichtsprobenersatzleistungen

(1) Können wegen Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Schuljahr 2021/2022 unterrichtspraktische Prüfungen in schulischen Lerngruppen und das Prüfungsgespräch nach § 14 nicht oder nicht im geforderten Mindestumfang durchgeführt werden, sind für beide Prüfungsteile Prüfungsersatzleistungen zu erbringen. Die Prüfungsersatzleistungen müssen geeignet sein, die inhaltlichen Prüfungsanforderungen nach den §§ 14 bis 17 und die Notengebung nach § 19 Absatz 3 angemessen abzubilden.

(2) Können wegen Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Schuljahr 2021/2022 Unterrichtsproben in schulischen Lerngruppen nach § 36 nicht oder nicht im geforderten Mindestumfang durchgeführt werden, sind Unterrichtsprobenersatzleistungen zu erbringen. Die Unterrichtsprobenersatzleistungen müssen geeignet sein, die inhaltlichen Anforderungen nach § 36 angemessen abzubilden.

(3) Die Durchführung der Prüfungsersatzleistungen im Rahmen der Eignungsprüfung nach Absatz 1 und der Unterrichtsprobenersatzleistungen im Rahmen des Anpassungslehrgangs nach Absatz 2 sind sicherzustellen.

(4) Die Senatorin für Kinder und Bildung trifft die Entscheidungen über die je nach Dauer der Maßnahmen des Infektionsschutzes erforderlichen Ersatzleistungen nach Absatz 1 und 2.“

Artikel 4 **Änderung des Bremischen Schulgesetzes**

Das Bremische Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2005 (Brem.GBl. S. 260, 388, 398 — 223–a–5), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird die Angabe „§ 72a Schuljahre 2018/2019 und 2019/2020“ durch die Angabe „§ 72a Sonderregelungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie“ ersetzt.
2. § 72a wird wie folgt gefasst:

„§ 72a

Sonderregelungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie

(1) Sofern das Infektionsgeschehen dies erfordert, kann die Sprachstandsfeststellung für Kinder, die im Jahr 2023 regelmäßig schulpflichtig werden, abweichend von § 36 Absatz 1 bis zum 30. September 2022 durchgeführt werden. Kann die Feststellung nach Satz 1 aus Gründen des Infektionsschutzes gegen die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 nicht bis zum 30. September 2022 in Form eines Tests durchgeführt werden, kann sie in Form einer Einschätzung des Sprachstandes durch Fachkräfte der besuchten Kindertageseinrichtung erfolgen.

(2) Soweit im Schuljahr 2021/2022 aufgrund der Corona-Pandemie kein oder nur eingeschränkter Unterricht in der Schule stattfinden kann oder Schülerinnen und Schüler, die besonders gefährdet sind, an Covid-19 zu erkranken, die Schule nicht besuchen können, sind die betroffenen Schülerinnen und Schüler verpflichtet, an dem von der Schule ersatzweise oder ergänzend organisierten Unterricht auf Distanz teilzunehmen und die in diesem Rahmen gestellten Aufgaben zu erledigen. Die Pflicht zur Teilnahme an Schulfahrten wird im Schuljahr 2021/2022 ausgesetzt.

(3) Leistungen, die im Rahmen des Unterrichts auf Distanz von einer Schülerin oder einem Schüler erbracht werden, dürfen in die Leistungsbewertung nur dann einfließen, wenn dies zwingend erforderlich ist, um eine notwendige Beurteilung der Leistung in dem jeweiligen Fach oder Kurs zu ermöglichen. Dabei sind die individuellen häuslichen Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler besonders in den Blick zu nehmen und angemessen zu berücksichtigen.

(4) Können Abschlussprüfungen im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2021/2022 aufgrund von Ausgangsbeschränkungen, die zum Zwecke der Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 für die Allgemeinheit verhängt wurden und die die Teilnahme an Prüfungen grundsätzlich nicht zulassen, nicht oder nicht vollständig vor dem festgesetzten Termin für die jeweilige Prüfungs- oder Zeugniskonferenz durchgeführt werden, werden als Ersatz für die ausgefallenen Prüfungsteile die abschlussrelevanten Vorleistungen oder die unterrichtlichen Leistungen aus dem Schuljahr 2021/2022 in dem jeweiligen Prüfungsfach für die Ermittlung des Gesamtergebnisses der Prüfung und für die Abschlussvergabe herangezogen. In nur im vorangegangenen Schuljahr unterrichteten Prüfungsfächern werden die unterrichtlichen Leistungen aus dem Schuljahr 2020/2021 in dem jeweiligen Prüfungsfach herangezogen. Können praktische Prüfungsteile auch durch Anpassung der Aufgabenstellungen nicht unter Einhaltung der behördlichen Maßnahmen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 durchgeführt werden, werden als Ersatz für die nicht erbringbaren praktischen Prüfungsleistungen die abschlussrelevanten praktischen Vorleistungen für die Ermittlung des Gesamtergebnisses der Prüfung und die Abschlussvergabe herangezogen. Konnten Prüflinge ein Praktikum, eine Praxisphase oder eine fachpraktische Ausbildung, die nach den Vorgaben der jeweiligen Bildungsgangsverordnung verpflichtend ist, aufgrund von behördlichen Maßnahmen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nicht oder nicht vollständig absolvieren, bleibt die Abschlussvergabe davon unberührt. Satz 1, 2 und 3 gelten nicht für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen.“

Artikel 5 **Änderung der Grundschulverordnung**

Dem § 9 Absatz 5 der Grundschulverordnung vom 1. August 2012 (Brem.GBl. S. 369, S. 426 — 223–a–21), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Im Schuljahr 2021/2022 entfällt die Verpflichtung nach Satz 3, soweit die Testung aufgrund behördlicher Maßnahmen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nicht durchgeführt werden kann.“

Artikel 6 **Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung im Lande Bremen**

Dem § 15 der Verordnung über die Abiturprüfung im Lande Bremen vom 1. Dezember 2005 (Brem.GBl. S. 585 — 223-a-10), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Schülerinnen und Schüler, die ihre Abiturprüfung im Schuljahr 2021/2022 ablegen, können bis zum 1. April 2022 schriftlich

1. ihre Wahl des Faches Sport zum 4. Prüfungsfach nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 durch die Wahl eines anderen zulässigen Prüfungsfaches ersetzen,
2. statt des praktischen Teils der besonderen Fachprüfung im Leistungskurs Sport eine mündliche Prüfung gemäß Absatz 6 Satz 1 wählen.

In der praktischen Prüfung im Fach Sport können die zur Prüfung angesetzten Sportarten geändert werden, soweit dies zur Einhaltung behördlicher Vorgaben zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 erforderlich ist. Konnten sich die Schülerinnen und Schüler wegen der Schließung der Sportstätten zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nicht hinreichend auf den praktischen Teil der besonderen Fachprüfung im Fach Sport vorbereiten und kann dieser Nachteil nicht durch Maßnahmen nach Satz 2 ausgeglichen werden, werden die Prüfungsleistungen des praktischen Teils durch die in der Qualifikationsphase erbrachten praktischen Vorleistungen in den ursprünglich zur Prüfung angesetzten Sportarten ersetzt.“

Artikel 7 Änderung der Beruflichen Versetzungsverordnung

Dem § 6 der Beruflichen Versetzungsverordnung vom 5. April 2019 (Brem.GBl. S. 192 — 223-a-26), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird in folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Sofern eine Bildungsgangsverordnung ein Praktikum, eine Praxisphase oder eine fachpraktische Ausbildung vorsieht und die Schülerinnen und Schüler diese im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2021/2022 aufgrund von Maßnahmen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nicht oder nicht vollständig absolvieren können, bleibt die Versetzungsentscheidung hiervon unberührt.“

Artikel 8 Änderung der Anerkennungsordnung

Die Anerkennungsordnung vom 10. Juli 2020, die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. November 2020 (Brem.GBl. S. 1371) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 wird Absatz 4 zu Absatz 3.
2. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

„§ 12a

Sonderregelungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie

(1) Kann die sozialpädagogische oder heilerziehungspflegerische Tätigkeit aufgrund von Maßnahmen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 länger als acht Wochen nicht ausgeübt werden, bleibt abweichend

von § 6 Absatz 2 die Anerkennung des Berufspraktikums davon unberührt, sofern die berufliche Eignung nachgewiesen werden kann.

(2) Kann wegen Maßnahmen des Infektionsschutzes im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 im Verlauf des Berufspraktikums 2021/2022 das Kolloquium nach § 8 Absatz 2 nicht vollständig oder nicht durchgeführt werden, sind Prüfungsersatzleistungen zu erbringen. Die Prüfungsersatzleistungen müssen geeignet sein, die inhaltlichen Prüfungsanforderungen nach § 8 Absatz 1 und Absatz 3 angemessen abzubilden.

(3) Die Senatorin für Kinder und Bildung trifft die Entscheidungen über die je nach Dauer der Maßnahmen des Infektionsschutzes erforderlichen Prüfungsersatzleistungen und über die Ermittlung des Prüfungsergebnisses.“

Artikel 9 **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. November 2021 in Kraft und am 31. Oktober 2022 außer Kraft.

Begründung

I. Allgemein

Die noch immer nicht überwundene Corona-Pandemie erfordert gesetzliche Anpassungen über das Schuljahr 2020/2021 hinaus. Für das letzte Schuljahr sind mit dem „Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für das Schuljahr 2020/2021“ vom 24. November 2020 befristete Rechtsänderungen vorgenommen worden. Diese bereichsspezifischen Corona-Anpassungsregelungen treten jedoch am 31. Oktober 2021 außer Kraft.

Angesichts der fortbestehenden Gefährdungslage durch das Corona-Virus müssen diese Regelungen vorsorglich für ein weiteres Schuljahr verlängert werden. Inhaltliche Änderungen gegenüber den derzeit noch geltenden Anpassungsregelungen werden dabei nicht vorgenommen.

II. Zu den einzelnen Änderungen

Zu Artikel 1

Zu Nr. 2 (§ 5a)

Da nicht absehbar ist, wie die Pandemie sich im laufenden Schuljahr auf den Schulbetrieb auswirken und welche Folgen sie auf den gesetzlich vorgeschriebenen Praxisbezug des Lehramtsstudiums haben wird, muss hierfür neuerlich eine Regelung getroffen werden, damit den Studierenden keine Nachteile aus der Sondersituation erwachsen. Die Norm bestimmt, dass Praktika grundsätzlich stattfinden sollen, es aber im Einzelfall davon aufgrund der besonderen schulischen Situation Ausnahmen geben kann.

Zu Nr. 3 (§ 13a)

Absatz 1:

Regulär sollen die Referendarinnen und Referendare zwei Schulen in ihrer Ausbildung kennenlernen. Sofern dies nur in dem Umfang von vier Wochen vorgesehen ist, soll zur Verhinderung der Infektionsgefahr zwischen den Schulen diese Ausbildungszeit durch die reguläre Ausbildung an der zugewiesenen Schule ersetzt werden.

Absatz 2 bis 5:

Die Durchführung der unterrichtspraktischen Prüfungen kann durch das Infektionsgeschehen zum Teil oder komplett in der bisherigen Form nicht möglich werden. In der Folge kann dann auch das Prüfungsgespräch vollständig oder in Anteilen nicht wie vorgesehen abgenommen werden, da der Prüfungsdialo g von der konkreten Unterrichtsreflexion zur vorherigen unterrichtspraktischen Prüfung ausgeht und über diese inhaltlich hinausweist. Für diesen Fall sieht Absatz 2 Prüfungersatzleistungen vor, die den inhaltlichen Zielen beider Prüfungsteile entsprechen.

Je nach den zeitlichen Möglichkeiten im Zuge der Maßnahmen des Infektionsschutzes kann es erforderlich sein, die Durchführung der im Schuljahr 2019/20 erstmals erprobten Prüfungsersatzleistungen für die unterrichtspraktischen Prüfungen sicherzustellen, um die durch die Kultusministerkonferenz geeinten Anforderungen an das Zweite Staatsexamen für Lehrämter während und in Folge der Corona-Pandemie einzuhalten und die Mobilität zwischen den Bundesländern zu ermöglichen. Dafür gibt es zwei Wege, den inhaltlichen Zielen sowohl der unterrichtspraktischen Prüfung als auch des Prüfungsgesprächs nach Absatz 2 nachzukommen, je nachdem, ob eine oder zwei unterrichtspraktische Prüfungen durch Prüfungsersatzleistungen ersetzt werden müssen. Müssen beide unterrichtspraktische Prüfungen durch Prüfungsersatzleistungen ersetzt werden, wird das Prüfungsgespräch in beide Prüfungsersatzleistungen vollständig integriert.

Die Gewichtung der Prüfungsteile und des Berechnungsschlüssels für die Note der Gesamtleistung der Zweiten Staatsprüfung ist je nach Erfordernis transparent abgebildet und entspricht dem Verfahren aus dem vergangenen Schuljahr.

Die Senatorin für Kinder und Bildung trifft die kurzfristig nach § 13a Absatz 1 und 2 notwendigen Maßnahmen. Sie stimmt sich dabei eng mit der Kultusministerkonferenz und im Land mit dem Landesinstitut für Schule ab und trifft die erforderlichen Entscheidungen.

Zu Artikel 2

Zu Nr. 1 – 4:

Das Ausbildungsgutachten ist bislang eine Zulassungsvoraussetzung für die staatliche Prüfung im Seiteneinstieg B (Berufsbegleitende Ausbildung). Damit ist es nicht wiederholbar. In Anpassung an geltende Rechtsprechung muss die Möglichkeit eröffnet werden, eine nicht bestandene Prüfung einmalig zu wiederholen. Dies ist bei berufsrelevanten Prüfungen verfassungsrechtlich geboten, damit das Grundrecht auf freie Berufswahl nicht übermäßig eingeschränkt wird.

Deshalb erfolgt mit Nr. 1 bis 4 die Anpassung des Ausbildungsgutachtens im Seiteneinstieg an die Vorgaben für das Schulgutachten im Vorbereitungsdienst gemäß Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (APV-L). Es ist beabsichtigt, dies nach Ablauf des vorliegenden Änderungsgesetzes in der Berufsbegleitenden Ausbildungsverordnung zu verstetigen.

Zu Nr. 5:

Die Durchführung der unterrichtspraktischen Prüfungen kann auch bei Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften nach § 6a Absatz 2 Satz 3 und 4 Bremisches Ausbildungsgesetz für Lehrämter durch das Infektionsgeschehen zum Teil oder vollständig in der bisherigen Form unmöglich werden. Wie bei den Zweiten Staatsprüfungen werden in diesem Fall Prüfungsersatzleistungen sichergestellt. Im engen Austausch mit dem Landesinstitut für Schule trifft die Senatorin für Kinder und Bildung die notwendigen Entscheidungen.

Zu Artikel 3

Die Durchführung der unterrichtspraktischen Prüfung und des Prüfungsgesprächs im Rahmen einer Eignungsprüfung sowie der Unterrichtsproben am Ende des Anpassungslehrgangs kann auch bei Ausgleichsmaßnahmen nach dem Erfordernis des Ausgleichs der wesentlichen Unterschiede zwischen der ausländischen Lehrkräfteberufsqualifikation und der Befähigung für ein Lehramt gemäß dem Bremischen Ausbildungsgesetz für Lehrämter zum Teil oder vollständig in der bisherigen Form unmöglich werden. Wie bei den Zweiten Staatsprüfungen werden in diesem Fall Ersatzleistungen sichergestellt. Im engen Austausch mit dem Landesinstitut für Schule trifft die Senatorin für Kinder und Bildung die notwendigen Entscheidungen.

Zu Artikel 4

Absatz 1

Die Sprachstandsfeststellung muss im Interesse des Infektionsschutzes flexibilisiert werden. Die betreffende Übergangsregelung schafft einerseits einen längeren Zeitrahmen für die Testung der Kohorte, so dass die Sprachtests trotz Pandemie-Bedingungen möglichst für alle Kinder durchführbar sind. Wie bisher auch soll der Test computergestützt erfolgen (seit 2021 umbenannt von „Cito-Test“ in „PRIMO-Test“). Um die zeitliche Streckung zu erreichen, muss die in § 36 Absatz 1 Bremisches Schulgesetz vorgesehene Frist (31. Mai) verlängert werden.

Andererseits enthält die Regelung für den Fall, dass die Testungen doch nicht vollständig durchführbar sind, als Alternativlösung erneut die Möglichkeit, auf die Einschätzung der pädagogischen Mitarbeiter:innen zurückzugreifen. Das vorgesehene Vorgehen ist in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen und der daraus resultierenden Maßnahmen anwendbar auf jeweilige betroffene Bereiche (z.B. einzelne Schulen oder ganze Stadtteile) und sichert die Informationen für die Verfahren, die auf Daten aus der Sprachstandserhebung angewiesen sind.

Absatz 2

In Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen kann es notwendig werden, den Unterricht zeitweise erneut auf Distanzunterricht umzustellen. Um diese Unterrichtsform in rechtlicher Hinsicht abzusichern, bedarf es einer entsprechenden Modifizierung der Schulpflicht. Die Teilnahme am Distanzunterricht bleibt durch die Übergangsregelung für das Schuljahr 2021/2022 in diesem Fall verbindlich.

Die Pflicht zur Teilnahme an Schulfahrten bleibt hingegen angesichts der damit verbundenen erhöhten Ansteckungsgefahr weiterhin ausgesetzt.

Absatz 3

Da die häuslichen Rahmenbedingungen zum Lernen sehr unterschiedlich sind, gilt: Leistungen, die im Rahmen des Distanzunterrichts erbracht werden, sollen grundsätzlich nicht in die Leistungsbewertung einfließen. Sie dürfen nur dann

einfließen, wenn dies zwingend erforderlich ist, um eine notwendige Beurteilung der Leistung in dem jeweiligen Fach oder Kurs zu ermöglichen. Die individuellen häuslichen Lernbedingungen der Schüler:innen sind dabei besonders in den Blick zu nehmen und angemessen zu berücksichtigen.

Absatz 4

Hiermit wird die schon für das Schuljahr 2019/2020 geschaffene Notfallregelung für die Abschlussvergabe erneuert. Ihr zufolge wird dann, wenn die Durchführung von Abschlussprüfungen oder das Absolvieren dafür notwendiger praktischer Leistungen wegen Infektionsschutzmaßnahmen für eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern objektiv unmöglich ist, der Abschluss ausnahmsweise ohne (vollständige) Prüfung aufgrund der betreffenden Vorleistungen vergeben.

Zu Artikel 5

Die Verpflichtung der Grundschulen zur Durchführung der einheitlichen Vergleichsarbeiten in Mathematik und Deutsch in der 3. Jahrgangsstufe (VERA 3) wird sicherheitshalber auch für das Schuljahr 2021/2022 erneut unter dem Vorbehalt gestellt, dass die Maßnahmen des Infektionsschutzes diese erlauben.

Zu Artikel 6

Die Corona-Anpassungsregelungen zum Sportabitur werden für dieses Schuljahr fortgeschrieben: Die Prüflinge, die Sport als viertes Prüfungsfach wählen, erhalten die Möglichkeit, das Fach Sport durch ein anderes viertes Prüfungsfach zu ersetzen. Die gegebene Entscheidungsmöglichkeit für das Fach Sport als viertes Prüfungsfach sollte gleichwohl gründlich abgewogen werden. Die Prüflinge, die Sport als Leistungskurs belegt haben, können statt des fachpraktischen Teils der Prüfung eine mündliche Prüfung wählen. Im Übrigen ist die sportpraktische Prüfung erforderlichenfalls durch Änderung der geprüften Sportarten so zu gestalten, dass die Einhaltung der Hygienevorschriften des Infektionsschutzes, insbesondere des Mindestabstandes zwischen den Prüfungsteilnehmenden, gewährleistet ist. Sollten die Sportstätten gesperrt sein, so dass die Prüflinge keinen Trainingsvorlauf von mindestens sechs Wochen vor den Prüfungen in Sportpraxis haben, sieht die Regelung einen Ersatz der sportpraktischen Prüfungsleistungen durch die entsprechenden praktischen Vorleistungen aus der gesamten Qualifikationsphase vor. Dies gilt jedoch nur unter der einschränkenden Bedingung, dass dieser Nachteil nicht durch eine Änderung der ursprünglich zur Prüfung angesetzten Sportarten ausgeglichen werden kann.

Zu Artikel 7

Diese ebenfalls nochmals fortgeschriebene Regelung stellt sicher, dass Schülerinnen und Schüler der beruflichen Bildungsgänge, die ein Praktikum, eine Praxisphase oder eine fachpraktische Ausbildung im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2021/2022 aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen nicht oder nicht

vollständig absolvieren konnten, bei der Entscheidung über ihre Versetzung in den nächsten Ausbildungsabschnitt daraus keinen Nachteil erleiden.

Zu Artikel 8

Für die Abschlussprüfung im Rahmen des Berufspraktikums 2021/2022 müssen angesichts der derzeit bestehenden und möglicherweise weiter fortbestehenden oder gar verschärften Maßnahmen des Infektionsschutzes einige Regelungen flexibilisiert werden. Die aus dem Infektionsschutz resultierenden Einschränkungen der praktischen Berufserfahrungen, sollen für die Absolventinnen und Absolventen des Berufspraktikums zu keinem zeitlichen Nachteil führen. Des Weiteren soll der zur Erlangung der staatlichen Anerkennung notwendige prüfungsmäßige Nachweis weitgehend kontaktlos erfolgen können.

Zu Artikel 9

Der Artikel regelt die Geltungsdauer dieses dritten Anpassungsgesetzes. Es wird bis zum 31. Oktober 2022 befristet. Zu diesem Zeitpunkt werden alle Nachprüfungen und Nachtestungen aus dem laufenden Schuljahr erfolgt sein.